

Rot-Grün kanns besser

In der Politik geht es oft um das Klischee im Kopf: Man hat es selbst oder man kämpft dagegen an. Dies gilt ausgeprägt für die Finanzpolitik.

*Jacqueline Badran**

Neulich hat der SVP-Nationalrat und Fuhrhalter Giezendanner im 'SonnTalk' von 'TeleZüri' behauptet, es brauche nun angesichts der Finanzen den Stocker im Regierungsrat; der wisse, woher das Geld komme. Der staatsangestellte Sozialist Jositsch dagegen sei nicht tauglich. Man sehe ja an der rot-grünen Stadt Zürich, wo das hinführe mit den Sozialdemokraten und den Finanzen. Lustig daran war, dass der Bauer Stocker tatsächlich weiss, woher das Geld kommt, und zwar aus dem Subventionstopf in Bern. Weniger lustig fand ich den unwidersprochenen Verweis auf die angeblich maroden Finanzen der Stadt Zürich und den finanzpolitischen Fähigkeitsausweis der Bürgerlichen. – Das Klischee im Kopf. Aber wen wundert's bei der jahrelangen besorgniserregenden Berichterstattung der Medien zur Finanzpolitik des Kantons Zürich. Anstatt kritisch und sachgetreu über die heruntergewirtschafteten Finanzen zu berichten, lassen sich die Journalisten mit den immer gleichen Floskeln wie «wir müssen jetzt genau hinschauen» oder «da hat es noch Luft drin» abspeisen. Hätte es tatsächlich «Luft drin», dann hätte es die bürgerlich dominierte Parlaments- und Regierungsrats-Mehrheit seit Jahren in der Hand gehabt, diese abzulassen. Nach mehreren unergiebigem Sanierungsprogrammen der letzten Dekaden – wie ALÜB, SAN04 und wie sie alle hiessen, wo man «hingeschaut» hat, wird ein ebensolches wieder gefordert. Die Verwaltung wird die ewig gleichen Vorschläge in anderer Reihenfolge bringen, da sich das Leistungsportfolio des Kantons ja nicht geändert hat. Und zuletzt werden zu Lasten der Gemeinden und des Personals Aufwände fiktiv reduziert. Dies, weil keiner der bürgerlichen Politiker hinstehen will und zugeben, dass bei echten Aufwandreduktionen Spitalschliessungen, Rationierung im Gesundheitswesen, Klassenvergrößerungen, Abbau bei der Polizei usw. auf dem Spiel stehen. Das nenne ich feige und inkompetent.

Fakt ist, dass der Kanton seit Jahren ein strukturelles Defizit hat und damit schlicht auf zu grossem Fuss lebt oder zu wenig Einnahmen macht. Man hat 5-Sterne-Leistungen bestellt,

aber nur für 3 Sterne bezahlt. Dafür hat die bürgerliche Mehrheit schuldenfinanzierte Steuersenkungen evoziert und deutlich zu wenig gespart (im korrekten Sinne: In guten Zeiten für schlechte Zeiten zur Seite legen) und erst noch alles mit einmaligen 1,6 Milliarden Nationalbank-Gold im Jahre 2005 über-tüncht. Jeder, der auch nur einen Hauch einer Ahnung hat, weiss, dass 1,3 Milliarden strukturelles Defizit, bei einem Spielraum von rund 6,3 Milliarden (und nicht 12,6, wie immer wieder berichtet), nicht ohne einschneidende Leistungseingriffe weggezaubert werden können; dies hat die bürgerliche Mehrheit ja zur Genüge selbst bewiesen. Kaum war die Handsgi weggekürzt, wurde sie flugs wieder eingeführt.

Die Medien tragen Mitverantwortung, denn sie haben jahrelang den Steuersenkungen auf Vorrat das Wort geredet, ohne sich um den entsprechenden drastischen Leistungsabbau zu kümmern. Klar redet man dann doch lieber von «Luft» als davon, z.B. die Klassen zu vergrössern, um in relevanter Höhe Lehrpersonal abzubauen, oder davon, Operationen für ab 80-Jährige nicht mehr zu finanzieren.

Zuerst sparen, dann Steuern senken

Dass es auch anders geht, zeigt tatsächlich die rot-grüne Stadt Zürich. Der Finanzhaushalt der Stadt Zürich verzeichnete von 1999 bis Ende 2007 durchwegs positive Ergebnisse. Diese Überschüsse wurden buchstäblich gespart, um für schlechte Zeiten gerüstet zu sein. Damit konnte ein riesiger Bilanzfehlbetrag von 1,5 Milliarden im Jahre 1998 abgebaut und ein Eigenkapital von fast einer Milliarde aufgebaut werden. Gleichzeitig konnten Staatsschulden (inkl. Schuld an die Pensionskasse) von rund 3,6 Milliarden Franken zurückbezahlt und die Zinslast mehr als gedrittelt werden. Im Gegensatz zum bürgerlichen Kanton standen dafür keine 1,6 Milliarden Franken an Nationalbankgold zur Verfügung.

Die Investitionen wurden auf hohem Niveau gehalten, was dem Gewerbe jährlich durchschnittlich 700 Millionen Franken brachte. Die Stadt konnte den Nachholbedarf vor allem bei den Schulhäusern und Strassensanierungen aufholen, das Stadion Letzigrund aus eigener Kraft bauen, die Kinderbetreuungsangebote stark ausbauen, ebenso die Kulturangebote, für 115 Millionen Franken Wohnbauaktionen durchführen sowie massi-

ve Investitionen in erneuerbare Energien und das Glasfasernetz vorantreiben. Alle finanzrelevanten Abstimmungsvorlagen wurden mit hohem Mehr vom Volk angenommen. Die Entlohnung des städtischen Personals konnte spürbar verbessert werden und – im Gegensatz zum Kanton – immer der volle Teuerungsausgleich gewährt werden.

Dazu mussten noch steigende Soziallasten sowie unentgeltene zentralörtliche Lasten getragen werden, Steuerausfälle von Hunderten von Millionen durch die Abschaffung der Handänderungssteuer und durch Unternehmenssteuerreformen verdaut werden sowie im letzten Jahr ein finanzkrisenbedingter konjunktureller Einbruch der Steuereinnahmen von den Grossbanken.

Im gleichen Zeitraum konnten trotzdem die Steuern in drei Schritten um total 11 Prozentpunkte sowie die Gebühren in allen Bereichen gesenkt werden. Mit mehrmaligen Bonusaktionen unseres EWZ wurden Millionen an die Einwohnenden zurückerstattet.

4-verliert finanzpolitisch

Damit steht die Stadt Zürich finanziell – weltweit fast einzigartig – grundsolide da und ist mit einer dicken Eigenkapitaldecke gerüstet für die konjunkturell schlechten Zeiten. Sie muss deshalb keine krisenverstärkenden Aufwandsenkungen betreiben, sondern nimmt ihre konjunkturstabilisierende Kernaufgabe wahr. Dies, weil die Stadt keine einseitig auf den Steuerfuss ausgerichtete Finanzpolitik betreibt, sondern eine, die in der Zeit gespart hat für die Not und weder auf zu grossem Fuss noch auf Pump lebt. Bei diesem Leistungsausweis hat sich Rot-Grün das Vertrauen verdient, dass man die Finanzen der Stadt Zürich bestens im Griff hat.

Das Klischee im Kopf zu bekämpfen lohnt sich wirklich – denn der SP schadet dieses Image. Kritik ist bitter nötig – auch wenn man dabei einem bürgerlichen Kantonsparlament samt Regierung sagen müsste, dass es seinen Job nicht gemacht hat, oder zugeben müsste, dass mittelfristig die Einnahmen an die Ausgaben angepasst werden müssen und damit die Steuern zu erhöhen sind. Und so ganz nebenbei feststellen – oh wie schauerhaft – dass Rot-Grün Finanzpolitik besser kann.

* Jacqueline Badran ist SP-Gemeinderätin Zürich und seit 2002 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (Zahlenmaterial dazu gibt es auf www.badran.ch)